



WEED fact sheet

Der Ilisu-Staudamm

Deutsche Beteiligung an umstrittenem Großstaudamm in der Südosttürkei?

weed

Mit internationaler Beteiligung plant die türkische Regierung ihr derzeit größtes Wasserkraftwerk: den Ilisu-Staudamm. Er soll den Tigris kurz vor der Grenze zu Syrien und Irak im überwiegend kurdisch bewohnten Südosten des Landes aufstauen. Sollte er gebaut werden, wären Massenumsiedlungen, Armut, Umwelt- und Kulturgüterzerstörung sowie die Verschärfung des Wasserkonflikts in Nahost die Folge. Dennoch wollen sich europäische Unternehmen, darunter die Baufirma Züblin, an dem Projekt beteiligen. Derzeit liegt der Bundesregierung erneut ein Antrag für eine Exportkreditversicherung (Hermesbürgschaft) für ca. 100 Mio. Euro vor. Diese Bürgschaft soll das Vorhaben absichern. Kommt die Hermesbürgschaft nicht zustande, ist eine Realisierung des Projektes unwahrscheinlich.

Soziale Folgen

Auf einem Gebiet von über 300 km² sollen ca. 200 Siedlungen überflutet werden. 50-80.000 Menschen würden ihre bisherige Existenzgrundlage ganz oder teilweise verlieren. Obwohl ein überarbeiteter Umsiedlungsplan erstellt wurde, ist nicht klar, wie die Betroffenen neue Einkommensmöglichkeiten erhalten sollen. Ersatzland steht kaum zur Verfügung. Der

Weltbank- und OECD-Experte für Umsiedlungsfragen Prof. Dr. Cernea kommt in seinem Gutachten zu dem Schluss, dass der Umsiedlungsplan keinesfalls ausgereift genug ist, um als Grundlage für eine Exportkreditversicherung



auszureichen. In der Region herrscht bereits hohe Arbeitslosigkeit, die durch die Umsiedlungen noch verstärkt würde. Die Bürgermeister der umliegenden Städte haben klargemacht, dass sie sich nicht in der Lage sehen, den Zuzug zehntausender Umsiedlungssopfer zu verkraften. Aufgrund der Bürgerkriegsflüchtlinge in den 80er/90er Jahren sind die Armenviertel der Städte bereits stark angewachsen. Entwurzelung und Perspektivlosigkeit führen zu massiven psychosozialen Problemen, die sich in hohen Selbstmordraten, insbesondere unter Frauen und Mädchen, äußern.

Der politische Konflikt in der Region

Nach einigen Jahren der Waffenruhe nehmen die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der Kurdischen Arbeiterpartei PKK und dem Militär seit 2004 wieder zu. Ende März 2006 kam es in Zusammenhang mit Militäroperationen zu mehreren Todesfällen von Zivilisten, was zu Massendemonstrationen in den Provinzhauptstädten führte, die wiederum mit militärischer Gewalt bekämpft wurden. Folter und Menschenrechtsverletzungen kommen nach wie vor häufig vor. In diesem Klima der Repression ist es den Betroffenen kaum möglich, ihre Meinung frei zu äußern. Außerdem werden sie unzureichend über das Projekt informiert.

Ökologische Folgen

Die Aufstauung des Wassers wird zu dramatischen Änderungen der Flusshydrologie und Biodiversität in der Region führen. Der Lebensraum verschiedener bedrohter Tierarten wird überflutet werden, der Grundwasserspiegel dammabwärts wird absinken, das Mikroklima wird sich verändern und eine Zunahme von Malaria ist zu erwarten. Da die Abwässer aus Landwirtschaft und Städten überwiegend ungeklärt in den See fließen werden, wird die

Wasserqualität derart abnehmen, dass es zu einem massiven Fischsterben kommen wird. Der Staudamm wird gravierende Auswirkungen auf die Existenzgrundlage und die Gesundheitssituation der Bevölkerung haben.

Kulturzerstörung

Das Gebiet, auf dem der Ilisu-Stausee errichtet werden soll, beherbergt eine Vielzahl historisch bedeutsamer Stätten. Diese sollen einem Projekt mit einer Lebensdauer von 50-100 Jahren zum Opfer fallen. Bereits in der Steinzeit siedelten sich hier Menschen an, errichteten vor über 9000 Jahren feste Siedlungen, betrieben Ackerbau und begannen, Tempel zur Verehrung von Göttern zu errichten. Später kreuzten sich Assyrer, Perser, Griechen, Römer, Abassiden, Byzantiner und Seldschuken. Der Ilisu-Staudamm würde die Spuren dieser Kulturen für immer auslöschen. Insbesondere die antike Stadt Hasankeyf, welche zum Teil zerstört würde, besitzt für die lokale Bevölkerung einen hohen Symbolwert.

Mit der Überflutung ginge zudem die einzigartige heute existierende Kulturlandschaft des Tigristals verloren. Auch Spuren aus der jüngsten Vergangenheit, z. B. Hinweise auf Verbrechen während des Bürgerkriegs, würden unwiederbringlich zerstört. Während der Verlust der rezenten Kultur von den Projektbetreibern völlig ignoriert wird, wurde für die archäologische Kulturgüter ein „Rettungsplan“ erstellt. Dieser ist jedoch weder so realistisch konzipiert, dass er umgesetzt werden könnte, noch der Bedeutung der kulturellen Güter angemessen.

WEED – Mai 2006

Geostrategische Bedeutung des Staudamms

Der Ilisu-Staudamm ist Bestandteil des GAP (Südostanatolienprojekts), in dessen Rahmen 22 Staudämme geplant sind. Jeder weitere Damm gibt der türkischen Regierung die Möglichkeit, die Wasserzufuhr der Nachbarländer, vor allem die des Iraks, zu reduzieren. In der Vergangenheit ist dies schon mehrfach vorgekommen (z. B. während des Golfkriegs 1990/01).

Um diesem vorzubeugen, sind im internationalen Völkerrecht für Projekte an grenzüberschreitenden Flüssen die Prinzipien frühzeitiger Information und Konsultation von Untertanliegern verankert worden. Die Türkei weigert sich jedoch, entsprechende Konventionen zu unterzeichnen und hat im Falle des Ilisu-Staudamms weder Syrien noch Irak in die Planungen einbezogen. Abgesehen von der Möglichkeit, Wasser als Waffe einzusetzen, hat der Staudamm weitere gravierende Auswirkungen auf die Menschen in den Nachbarstaaten, da der Wasserabfluss des Tigris durch den Staudamm auf historische Tiefstände sinken würde und die Gesundheitsgefahren durch die Verschlechterung der Wasserqualität nicht an der Grenze halt machen.

Die Kampagne

Bereits in den Jahren 1998 bis 2002 sollte der Bau des Ilisu-Staudamms beginnen. Eine breite Kampagne, an der in Deutschland WEED intensiv beteiligt war, hat damals dazu geführt, dass die Exportkreditagenturen wie Hermes bestimmte Auflagen an die Bewil-

ligung einer Bürgschaft knüpfen und sich letztendlich ein Großteil des Konsortiums aus dem Projekt zurückzog.

Seit 2004 unternimmt die türkische Regierung einen neuen Projektanlauf. Am 25. November 2005 wurden ein überarbeiteter Umweltverträglichkeitsprüfung und Umsiedlungsplan veröffentlicht. Entgegen der Ankündigung des Konsortiums werden internationale Standards jedoch hierbei nicht eingehalten. Ein Bündnis aus NGOs, darunter WEED, fordert daher von der Bundesregierung, den Antrag auf eine Hermesbürgschaft abzulehnen.

Gleichzeitig wächst der Widerstand vor Ort. In der Hasankeyf-Initiative haben sich ca. 30 Organisationen – von Gemeindevertretern über Anwalts- und Ingenieurskammern bis zu vertriebenen- und Menschenrechtsorganisationen – zusammengeschlossen, um ihren Bedenken Gehör zu verschaffen. Sie machen deutlich, dass das Projekt auf mangelnde Akzeptanz in der Bevölkerung stößt und fordern alternative Entwicklungsmodelle für die Region.

Das neue Konsortium:

VA Tech Hydro	(Österreich)
Züblin	(Deutschland)
Alstom	(Schweiz)
Stucki	(Schweiz)
Colenco	(Schweiz)
Maggia	(Schweiz)

Informieren Sie sich weiter mit dem Ilisu-Info (zu abonnieren unter www.weed-online.org/ilisu)! **Werden Sie aktiv!** (Infos bei heike.drillisch@weed-online.org)

Mit freundlicher Unterstützung von: Stiftung Umverteilen, IPPNW, Erklärung von Bern (CH), Sigrid Rausing Trust (UK)

Zum Weiterlesen: WEED online: www.weed-online.org/ilisu oder WEED Broschüre „Zum Scheitern verurteilt. Der Ilisu-Staudamm im Südosten der Türkei“, zu bestellen unter: www.weed-online.org
World Economy, Ecology and Development (WEED), Torstr.: 154, 10115 Berlin, Germany.
Tel.: +49-30-27582163, E-Mail: weed@weed-online.org